



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/45 - 23.2.1955

Einweisung
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

| | |
|--|------|
| Die Interessenten der westdeutschen Aufrüstung | S. 1 |
| Der interne Kampf um die USA-Formosa-Politik | S. 3 |
| "Landschaft Oldenburg" in Niedersachsen | S. 5 |
| Mahnruf aus der Sowjetzone | S. 6 |

Für wen ist's gut?

Seeben erschien eine Streitschrift "Wider die Irreführer Deutschlands" - Wiedervereinigung oder Pariser Verträge - bestimmt "für die deutsche Jugend aller Jahrgänge", verfasst "von einem jungen Deutschen". Wir entnehmen ihr folgenden Abschnitt:

Wer hat nun ein Interesse an der Aufrüstung Westdeutschlands? Die Reihe der Aufrüstungsinteressenten reicht von dem amerikanischen Außenminister Dulles bis zu dem Letzten auf Blanks Listen, der sich als Zahlmeister oder Kantinenpächter bei den geplanten Streitkräften beworben hat. Alle haben sie, wenn man den Schwulst vorgeblicher Ideale beiseite schiebt und genauer hinsieht, ein sehr konkretes materielles Interesse daran, dass deutsche Soldaten aufgestellt werden. Alle wollen sie letztlich, für sich persönlich oder für das, was sie für das Interesse ihrer Völker halten, an der deutschen Wiederbewaffnung verdienen oder doch wenigstens eigene Kosten sparen.

Die republikanische Regierung Eisenhower - Dulles ist 1952 auf Grund ihrer Wahlversprechen, den Staatshaushalt auszugleichen und die "Boys" nach Hause zu bringen, gewählt worden. Das ist das Gesetz, nach dem sie angetreten ist. Sie wird es ohne Zweifel bis zu seiner logischen Erfüllung befolgen, d.h. bis zur Zurücknahme aller in Übersee stationierten Streitkräfte "sobald es die Lage gestattet", d.h. wenn es ihr die Lage gestattet. Diese Lage heißt: Deutsche Wiederbewaffnung. Das ist der Grund, weshalb eine amerikanische

Regierung, die sich die Gunst ihrer Steuerzahler erhalten will, auf deutsche Divisionen erpicht ist; die eigenen Truppen sind eben sehr viel teurer (im finanziellen wie im menschlichen Sinne) als genügende deutsche Soldaten, die man mit seit vier Jahren überzähligem und gestapeltem Material ausrüsten kann.

Für Amerika ist nach erfolgter Aufrüstung Westdeutschlands freierlei möglich: Es kann sich erstens - was am wahrscheinlichsten ist - für die "Koexistenz" mit dem Osten auf der Grundlage des Status quo der deutschen Teilung entscheiden, in der ruhigen Gewißheit, dass die westdeutschen "Tölpel" ja selbst die blutende Grenze, die ihr eigenes Land spaltet, beschützen. Es kann sich zweitens dafür entscheiden, die westdeutsche Aufrüstung weiter zu forcieren, um uns zum Stoßkeil eines "Kreuzzuges" zur "Befreiung" des Ostens zu machen, dessen Blutopfer in erster Linie von uns gebracht werden würde. Und es kann drittens, da es nach einem Abzug seiner Landtruppen nicht selbst sofort mit schweren militärischen Verlusten zu rechnen hätte, einen "örtlichen Konflikt" an der Zonengrenze zum Anlass eines atomaren Präventivkriegs machen, wie er von hohen amerikanischen Militärs seit langem befürwortet wird.

Das Interesse der anderen westlichen Nachbarn und zukünftigen "Verbündeten" Deutschlands an unserer Aufrüstung erklärt sich ebenfalls zum Teil aus dem bequemen Verlangen, der deutschen Wirtschaft unproduktive Kosten aufzuzürden, eigene militärische Anstrengungen zu vermindern, und zum Teil aus ihrem Streben nach einer "friedlichen Koexistenz" mit dem Osten auf dem Rücken eines gespaltenen Deutschland.

Wir haben keinen Anlass, für eine unsere Spaltung verewigende "Koexistenz" auch noch mit der Aufstellung einer Armee zu zahlen. Es muß ihnen vor Augen geführt werden, dass nichts Beständiges auf dem Treibsand eines geteilten Deutschland gegründet werden kann, und dass die ganze Welt eines Tages in die Luft gejagt wird, wenn man die deutsche Zeitbombe zur Hälfte in den Westen, zur Hälfte in den Osten einmauert. Das deutsche Volk hat in seiner Mehrheit kein Interesse an der derzeitig geplanten Wiederaufrüstung; gewisse ausländische Regierungen umso mehr.

"As such" - zwei Worte und eine unklare
Politik

O.L., New York, Mitte Februar

Mr. John Foster Dulles, der Erfinder des Schlagwortes von der "Befreiung" der Völker hinter dem Eisernen Vorhang und der "massiven Vergeltung", hat wieder einmal seine Fähigkeit bewiesen, für eine unklare und noch durchaus nicht bestimmte Politik die herausforderndste Formulierung zu finden. Er hat damit wieder einmal nicht die Feinde, wohl aber die Freunde der Vereinigten Staaten, vor allem die Engländer, in Besorgnis versetzt und einige neue Scherben den bereits mit Scherben überladenen Porzellanladen der internationalen Diplomatie neu geliefert.

Mr. Dulles hat ausdrücklich erklärt, dass die USA nicht verpflichtet sind, die beiden dem chinesischen Festland vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu zu verteidigen. Und er fügte die ominösen Worte hinzu: "as such", als solche. Aber dann sagte er, die USA würden die beiden Inseln verteidigen, wenn sie von den chinesischen Kommunisten als ein Ausgangspunkt für eine weitere Attacke auf Formosa angegriffen werden sollten, außerdem bezweifle er jedoch die Weisheit eines Rückzuges der Truppen Chiangs von den beiden Inseln. Und er appellierte schließlich an die chinesischen Kommunisten, die Anwendung von Gewalt in dieser Frage auszuschalten, was die Vereinigten Staaten bei Chiang, dem zweifellos ungleich Schwächeren, offenbar ebenfalls durchsetzen würden - trotz Chiangs provozierenden Reden.

Es ist schwer, eine logische Linie in diesen offenbar widersprechenden Feststellungen zu erkennen. Was Dulles gemeint haben könnte, ist: wenn die chinesischen Kommunisten einen Angriff nicht weiter tragen würden als auf die beiden Inseln, würden die Vereinigten Staaten sie nicht verteidigen. Hätte er die noch viel unglücklichere Ermutigung an Chiang, auf den beiden Inseln zu verbleiben, nicht hinzugefügt, hätte man annehmen können, Dulles und Washington

seien bereit, den chinesischen Kommunisten die beiden Inseln in Frieden zu überlassen, wenn diese einen geschriebenen oder ungeschriebenen Waffenstillstand für Formosa und die Pescadores abschließen wollten. Darum offenbar auch sein Appell zum Verzicht auf Gewalt;

Quemoy und Matsu - entscheidende Streitfragen

Warum hat Dulles jedes Wort, das er sagte, abgeschwächt oder aufgehoben? Es ist auch in Washington bekannt, dass England nicht bereit ist, in einen Krieg einzugreifen, der sich aus einer Verstrickung der Vereinigten Staaten in diesen Kampf um die Inseln Quemoy und Matsu ergeben würde. Es taucht also die alte Streitfrage in der amerikanischen Politik auf, die mit den Worten "go it alone", allein-gehen, ausgedrückt ist. Sollen die USA, wie Taft und MacArthur wiederholt empfohlen haben, ohne Rücksicht auf die Alliierten ihre Politik bestimmen?

Eisenhower und Dulles waren bisher der Allein-Gängerei abhold und haben auch in Indochina bewiesen, dass sie sich nicht in militärische Aktionen ohne die Unterstützung der Alliierten hineinreißen lassen. Warum also nun das Spiel mit dem Gedanken, sich von allen Alliierten und der öffentlichen Meinung in der Welt zu isolieren?

Washingtons innere Gegensätze

Dafür gibt es keine andere Erklärung als den inneren Kampf in Washington um die Fern-Ost-Politik, der immer mehr zu einer beherrschenden Frage wird, weil Eisenhower und vor allem Dulles sich genötigt sehen, eine Woche ihre eigene und die nächste Woche die Außenpolitik der Knowland und übrigen Männer des extrem rechten Flügels der Republikaner zu vertreten. Als Eisenhower seine Botschaft an den Kongress sandte, war es die Knowland-Politik, vor der er kapitulierte. Als er in der darauffolgenden Woche die amerikanische und die Weltöffentlichkeit zu beruhigen versuchte, war es seine Politik. Nun hat Dulles wieder einen Schritt zu Chiang und zu Knowland gemacht. - In Washington wird erzählt, dass Dulles bei den Verhandlungen über die Evakuierung der Tachen-Inseln Chiang das Versprechen gegeben haben soll, Quemoy und Matsu zu verteidigen. Das war ein

Zugeständnis an Knowland. Aber wenige Tage später zeigte sich, dass Präsident Eisenhower diese Verpflichtung nicht honorieren wollte. In Wahrheit hat Eisenhower schon seit September, seit dem ersten Angriff der chinesischen Kommunisten auf Matsu, den Standpunkt vertreten, dass amerikanische Truppen die Insel nicht verteidigen sollten. Damals waren Dulles und Radford, der Außenminister und der Stabschef, für ein Eingreifen der Truppen.

Der Streit in der Republikanischen Partei

Zu all dieser Unklarheit innerhalb der engsten Regierungskreise kommt der Kampf gegen den rechten Flügel der Republikaner, der sich vor einer Woche in Chicago zu einer Sondertagung unter McCarthys Führung, aber unter Teilnahme auch anderer Rechtsrepublikaner, versammelte und mit der Abspaltung einer Rechtspartei bei den nächsten Präsidentenwahlen drohte.

So wird die Fern-Ost-Krise immer mehr zu einem innenpolitischen Problem für die Vereinigten Staaten, weil die Unwilligkeit Eisenhowers, in der Republikanischen Partei eine klare Entscheidung herbeizuführen, und Dulles' fortgesetzte Versuche, sich auch bei der Rechten beliebt zu machen, die amerikanische Diplomatie auf Schritt und Tritt hemmen. Umgekehrt wird die amerikanische Innenpolitik gerade angesichts der bevorstehenden Präsidentenwahlen zu einer außenpolitischen Streitfrage. Was weder für die Außenpolitik noch für die innenpolitische Auseinandersetzung förderlich ist.

* * *

Oldenburg will nicht mehr "Los von Niedersachsen"

-dt, Hannover

Im Norden Deutschlands, in Niedersachsen, haben sich die Wogen gelegt, die um den Artikel 29 GG zeitweise sehr stürmisch hochgingen. Der Wind, der diese Wogen hochtrieb, kam aus Oldenburg, und er trug manchmal die Parole durch das Land: "Los von Niedersachsen". Hinter dieser Parole stand und steht heute noch der Oldenburger Landesbund, eine Vereinigung von Männern, die nicht verwirren können, dass das einstige

Großherzogtum und nach Kriegsende selbständige Land 1946 durch Militärverordnung Niedersachsen angegliedert wurde.

Ministerpräsident Kopf, vor kurzen erst von einer CDU-Zeitung voreilig aufs politische Altenteil versetzt, hat bewiesen, dass er mehr kann als Sackhüpfen bei Kinderfesten und Skatspielen bei nicht-zustandegekommenen Wählerversammlungen; Dinge, mit denen allein man kaum der dienstälteste Ministerpräsident Westdeutschlands werden könnte. Behutsam hat Kopf im Laufe der letzten Jahre das Oldenburger Eis aufgeweicht und einen oldenburgisch-hannoverschen Akkord vorbereitet, den wahrscheinlich mehrere Gebietsteile der Bundesrepublik studieren werden, die sich in ihrer heutigen Landeshaute nicht wohlfühlen.

Kopf's Meisterzug

Die Stimmgabel für diesen Akkord wurde kürzlich angeschlagen, als Kopf einen neuen Präsidenten des Verwaltungsbezirks Oldenburg (das ist die gehobene Bezeichnung für den Regierungsbezirk) ernannte: den Bundestagsabgeordneten Dannemann, einen Bauern von echt oldenburgischem Schrot und Korn. Dass Dannemann außerdem von der FDP kommt - er ist der zweite Landesvorsitzende der niedersächsischen Freien Demokraten - erhöht die Pikanterie dieses Vorgangs, wenn auch inzwischen FDP und SPD festgestellt haben, dass Dannemanns Installierung nicht mit seiner Parteilegitimation zu tun habe. Der Ton, den die Stimmgabel von sich gab, war gut: er wolle den Verwaltungsbezirk Oldenburg als Teil des Landes Niedersachsen in ein fruchtbares Verhältnis zu diesem Land bringen, versicherte Dannemann in seiner Antrittsrede.

Nicht gesprochen wurde bei diesem Staatsakt von der zweiten, ebenso wichtigen Aktion, mit der Kopf den Oldenburger Wünschen nach mehr Selbständigkeit entgegenkommt. In aller Stille hat eine vom Ministerpräsidenten angeregte "Arbeitsgemeinschaft der oldenburgischen Stadt- und Landkreise" einen Entwurf ausgearbeitet, der dem Oldenburger Landesbund den separatistischen Wind aus den Segeln nimmt. Demnach wird der bisherige Verwaltungsbezirk gleichzeitig zur "Landeschaft

Oldenburg", die in der "Landschaftsversammlung" eine Art Provinziallandtag und im "Landschaftsvorstand" eine "Regierung" mit einem "Landschaftsdirektor" als leitendem Beamten bekommt.

Verbilligter Föderalismus

Nach langem Hin und Her entschieden sich die Oldenburger, dass der "Landschaftsdirektor" in Personalunion identisch sein soll mit dem jeweiligen Verwaltungspräsidenten, was den Föderalismus verbilligt, weil man den bürokratischen Apparat des Verwaltungspräsidenten für die "Landschaftsbelange" mit einsparen kann. Die "Landschaft" soll vom Staat folgende Aufgaben übernehmen: Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, Jugendwohlfahrt, landschaftliche Kulturpflege, Kommunalwirtschaft. Was der Staat bisher dafür ausgegeben, bzw. eingenommen hat (wie bei den Oldenburger Staatsdomänen), bekommt die Landschaft von Hannover überwiesen; sie kann selbst entscheiden, wie das Geld eingesetzt werden soll. Insgesamt ergibt sich eine Differenz von rund 300.000 DM, die Hannover zuschießen muß. Die Kosten für die drei Selbstverwaltungsgremien sollen von den neun oldenburgischen Land- und Stadtkreisen durch eine Jahresumlage von je 10.000 DM aus eigener aufgebracht werden.

Es ist, wie gesagt, ein Entwurf; bevor er Gesetz wird, dürfte noch geraume Zeit vergehen und manches verhandelt werden. Die vorläufige niedersächsische Verfassung, 1951 mit 4/5-Mehrheit angenommen, sieht in der Mittelinstanz (Regierungsbezirk) keine parlamentarische Einrichtung vor, die Befugnisse der "Landschaftsversammlung" müßten demnach auf die Verfassung zugeschnitten werden. Allzu einschneidend kann das Entgegenkommen von Hannover schon deshalb nicht sein, weil 1951 alle Oldenburger Abgeordneten der Verfassung zugestimmt haben.

Überspielter Landesbund

Ist das "Landschaftsgesetz", die bevorstehende Magna charta der Oldenburger Selbstverwaltung, allzu attraktiv, muß Hannover befürchten, dass auch die Begierlichkeit des Braunschweiger Landes teils wächst, der bis vor rund vier Jahren ähnliche Parfaren ertönen liess wie der Oldenburger Landesbund. Diese Dinge sind in der Zwischen-

23.2.1955

zeit durch kulturelle Zuschüsse und wirtschaftliche Zugeständnisse zurechtgebogen worden, aber die Gefahr, dass sich die Braunschweiger Gemüter an einem Oldenburger Landschaftsgesetz erneut erhitzen, ist nicht von der Hand zu weisen.

Indessen wartet im Schmolllwinkel der überspielte Oldenburger Landesbund die Entwicklung ab. Er ist das Opfer eines zum Separatismus ausgearteten Föderalismus und nicht zuletzt auch der Regierungskunst Kopfs geworden. Womit bewiesen ist: auch Föderalismus will gekonnt sein.

* * *

So sieht es die Sowjetzone

Gezwungen, jenseits des Urals zu schießen ...

Brief einer jungen Hochschullehrerin

In diesem Brief, der uns jetzt auf Umwegen erreichte, wird die Auffassung eines Kreises von Menschen aus der Sowjetzone dargelegt, die lange Zeit die Politik der Bundesregierung als richtig ansahen, jedoch im Laufe der letzten Monate immer mehr zu der Erkenntnis kamen, dass die Politik des Bundeskanzlers für die Einheit Deutschlands verhängnisvoll ist.

Am heutigen Sonnabend hat in der alt ehrwürdigen Frankfurter Paulskirche eine Kundgebung stattgefunden. Vor etwa einer Stunde kommentierte ein Regierungssprecher dieses Ereignis. Es erscheint uns durchaus möglich, dass in der Ostzone mehr Menschen feierlich gespannt an ihrer Lautsprechern gesessen haben als in der Bundesrepublik. Wir kennen die Gleichgültigkeit des Westens dem deutschen Problem gegenüber aus eigener Anschauung. Diese Gleichgültigkeit wurde in der Paulskirche durchbrochen. Diese Gleichgültigkeit wurde von Herrn Tillmanns gefördert, denn Herr Tillmanns lenkte geschickt vom Thema ab und zu persönlichen Angriffen über.

Wir haben immer noch vier Besatzungsmächte. Wir sind samt und sonders, ob Ost, ob West, in Mitleidenschaft gezogen. Dürfen wir, zehn Jahre nach Beendigung des Krieges, zülden, dass unser primitivstes Recht, das Recht auf Wiedervereinigung, von Prestigekämpfen abhängig gemacht wird? Wir zweifeln am ehrlichen Willen der Bonner Regierungsparteien, und es dünkte uns heute nachmittag wie Sonnenaufgang nach langer Finsternis, als sieben deutsche Männer verschiedener Berufe und Überzeugungen in der Paulskirche endlich auszusprechen wagten, was uns hier auf unserem fast verlorenen Posten als reale Politik armutet.

*

Man möge in Bonn zur Kenntnis nehmen, was wir bekräftigend wiederholen möchten:

Sollte die Wiederaufrüstung Ereignis werden, so ist die endgültige Teilung unseres Vaterlandes in zwei Hälften unausbleiblich. Und mehr noch: die ostzonale Jugend wird mit härteren Methoden in die Kasernen getrieben werden; unsere Jugend, falls sie sich sträubt, wird unter Umständen jenseits des Ural schießen, marschieren, Drill erleiden müssen.

*

Sieben Männer in der Paulskirche haben mutig den Anfang gemacht auf dem Wege der wachsam Revolte. Zwischen Scylla und Charybdis gilt es hindurchzusteuern, um freie Fahrt zu gewinnen. Wenn Scylla die Verabschiedung der Pariser Verträge ist, so ist Charybdis das Bündnis mit Rußland. Scylla nimmt man in Kauf, vor Charybdis scheut man zurück. Nun, es bedarf keines Bündnisses mit der Sowjetunion, keines Bruches mit der freien Welt, um zum Ziel eines in Freiheit geeinten Deutschlands zu gelangen.

Gesetzt den Fall, es käme zu keinem Gespräch mit der Sowjetunion. Hat man sich wohl schon einmal die Konsequenzen überlegt? Bei uns spricht man ganz offen von Massenevakuierungen der Städte und Dörfer entlang der Zonengrenze, so dass also der Raum westwärts der Elbe waffenstarrendes Vorfeld würde. Dem westdeutschen Bürger täte das nicht weh - er genießt ja das Glück auf der anderen Seite, in "Wunderland" zu leben. Auf solche Weise würde es dann zu einer "friedlichen Koexistenz" kommen genau so lange, wie es den Ostblock gefällt. Und der europäische Bürger, der die Wiederaufrüstung Westdeutschlands bejaht, um den Krieg zu bannen, um seine höchst belanglose Existenz, sein bißchen Wohlstand zu sichern, arbeitet im Grunde für den Bolschewismus, für den Krieg, der auf deutschem Boden kein Haus, kein Lebewesen, kein Kind und keinen Greis verschonen wird.

Soll diese tödliche Gefahr gebannt werden, so brauchen wir die Einheit Deutschlands. Haben wir die Einheit Deutschlands, so brauchen wir Einsicht und Geschicklichkeit, sie zu bewahren. Gelingt es uns, die Einheit zu bewahren, werden wir in der Lage sein, unsere innere Ordnung so auszubauen und unsere Beziehungen zu allen Nachbarn so zu gestalten, dass Ost und West die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland genommen wird.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau